



Nr. 299 | 30.09.2022

Polen-Analysen

**Offener Brief von Eugeniusz Smolar an
Bundesaußenministerin Annalena Baerbock
über die Zukunft Europas**

■ ANALYSE	
Die europäische Integration und das geschwächte Vertrauen gegenüber Deutschland Offener Brief von Eugeniusz Smolar an Bundesaußenministerin Annalena Baerbock	2
■ DOKUMENTATION	
In schwierigen Zeiten den transatlantischen Moment nutzen – unsere gemeinsame Verantwortung in einem neuen globalen Umfeld Rede von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock an der New School, New York, 2. August 2022	9
■ CHRONIK	
20. – 29. September 2022	15

Die europäische Integration und das geschwächte Vertrauen gegenüber Deutschland

Offener Brief von Eugeniusz Smolar an Bundesaußenministerin Annalena Baerbock

DOI: 10.31205/PA.299.01

Dieser Text ist eine Antwort auf die Rede von Annalena Baerbock, Außenministerin der Bundesrepublik Deutschland, die sie Anfang August 2022 an der New School in New York gehalten hat. Als Repräsentantin der Grünen in der deutschen Regierungskoalition (gemeinsam mit der SPD und der FDP) sprach sie über die Notwendigkeit der gemeinsamen amerikanisch-europäischen Führung angesichts der Herausforderungen, vor die die Welt nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine gestellt wurde.

Der Offene Brief erschien zuerst in der online-Ausgabe der Gazeta Wyborcza am 18. August 2022.

Sehr geehrte Frau Ministerin,

mit Genugtuung habe ich Ihre Rede an der New School in New York aufgenommen. Ich habe in ihr zahlreiche Gedanken gefunden, die mir und einem sehr großen Teil der polnischen Öffentlichkeit nahe sind.

- Die uneingeschränkte Verurteilung Russlands für die Aggression gegen die Ukraine und die Erklärung, unserem östlichen Nachbarn zu helfen, damit er dem Imperialismus Moskaus nicht unterliegt.
- Die Feststellung, dass das Ziel Putins nicht nur die Zerstörung der Unabhängigkeit der Ukraine und ihrer nationalen Identität ist, sondern auch der Grundlagen der internationalen Ordnung.
- Die Stärkung der NATO durch die Erhöhung des Beitrags der Europäer zur Sicherheit.
- Der Ausbau der strategischen Rolle der Europäischen Union in der Welt der Zukunft bei gleichzeitiger Betonung der für unsere gemeinsame Sicherheit grundlegenden Bedeutung der NATO sowie der transatlantischen Beziehungen zu den USA.
- Die Betonung der Stärkung von Demokratie und liberalen Werten als Grundlagen des gemeinsamen Handelns für die Achtung der Menschenrechte sowie des Rechtes und der internationalen Ordnung, die allen gedient hat, die aber gegenwärtig von Russland, China und anderen Staaten in Frage gestellt wird.

Ihre Thesen werden mit Sicherheit von einem großen Teil der polnischen Öffentlichkeit unterstützt. Aber nicht von der gesamten.

Die Regierung Polens teilt viele »Werte« Putins

Seit 2015 regiert Polen eine Koalition, welche die Rechtsstaatlichkeit verletzt, u. a. die Unabhängigkeit des Gerichtswesens, die fast alle öffentlichen Institutionen kolonisiert und die Rechte von Frauen und Minderheiten, zum Beispiel der LGBTQ+ Community, angreift. Es

geht den Regierenden nicht um die Souveränität Polens, sondern um die Souveränität ihrer Macht in Polen. Die feindliche Übernahme des Staates (*state capture*) wird allerdings durch Verträge und Grundsätze der Europäischen Union erschwert.

Die PiS und ihre Koalitionspartner sind eine Gruppierung, die ein tiefes Misstrauen gegenüber der Europäischen Union hegt, der sie die Unterordnung unter deutsche und französische Interessen vorwirft. In der Praxis verletzt sie grundlegende Werte und Prinzipien. Ähnlich wie Putin ist sie der Auffassung, dass Westeuropa dekadent und geschwächt ist von der Immigration und der »linken« multikulturellen Gegenwart, den Rechten der LGBTQ+ Community, der Gottlosigkeit und dem Pazifismus, bereit, alles und alle für wirtschaftlichen Profit zu »verkaufen«. Zudem sollen die europäischen Eliten, vor allem die deutschen, beabsichtigen, einen föderalen europäischen Staat zu schaffen, der die Nationalstaaten auslöschen solle. Polen werde in dieser kranken Vision nicht nur der deutsch-französischen Hegemonie unterliegen, sondern wieder einfach aufhören zu existieren.

Die PiS betreibt eine aggressive antideutsche Politik und beruft sich dabei auf die deutschen Verbrechen zwischen 1939 und 1945. Die deutschen Regierungen zeigten Zurückhaltung und reagierten nicht auf die häufig beleidigenden Auftritte Kaczyńskis [Jarosław Kaczyński, Parteichef der PiS, Anm. d. Übers.] und seiner Gehilfen. Auch verwundert die Abneigung zahlreicher Staaten nicht, mit den Regierungen in Warschau und auch Budapest enger zu kooperieren, die grundlegende Regeln der loyalen Zusammenarbeit in der EU verletzen. Die PiS nimmt nicht zur Kenntnis, dass die Urteile des Europäischen Gerichtshofes oder die Verlautbarungen der Europäischen Kommission sowie des Europäischen Parlamentes nicht zum Ziel haben, wie

die PiS behauptet, ihre Regierung zu stürzen, sondern vielmehr, die Grundlagen sowie die innere Geschlossenheit der Europäischen Union zu verteidigen.

Mit meinem Brief an Sie erteile ich der nationalistisch-souveränistischen Perspektive der PiS sowie den Komplexen der Anführer und Anhänger dieser Partei gegenüber Westeuropa eine Absage, weise ich die Grundsätze und die Art und Weise, eine ineffektive Außenpolitik gegenüber Deutschland, Frankreich oder Brüssel zu betreiben, zurück und beobachte besorgt ihre Folgen, die zu einer Schwächung der Position Polens und seiner Handlungsmöglichkeiten führen. Da ich mir der Bedeutung der positiven Interdependenz unserer Wirtschaften, Staaten und Gesellschaften bewusst bin – sowie auch der gemeinsamen Aufgaben bei der Stärkung der europäischen Integration – distanzieren mich von der in der PiS-Regierungspropaganda allgegenwärtigen *Schadenfreude* [im Original Deutsch, Anm. d. Übers.] gegenüber Deutschland, das sich aktuell mit der Energiekrise und einer möglichen Rezession abmüht. Nicht nur, weil die Folgen dieser Schwierigkeiten auch die polnische Wirtschaft treffen werden, sondern auch aus der Überzeugung heraus, dass kein europäischer Staat, und sei es auch der stärkste, imstande sein wird, allein mit einschneidenden Problemen und Gefahren fertig zu werden.

Für die Prüfung der von Ihnen und Ihrer Regierung vorgeschlagenen Veränderungen in der EU sollten wir eine langfristige Perspektive einnehmen, da Regierungen wechseln und die Realisierung der von Frankreich und Deutschland vorgeschlagenen Reformen auf viele Jahre ausgerichtet ist. Ich bin mir darüber hinaus der Unterschiede in der deutschen Regierungskoalition bewusst sowie auch dass die Grünen – Ihre Partei – anders als die SPD seit Jahren eine prinzipiell proatlantische und Moskau-kritische Haltung repräsentieren.

Ich nehme diese längerfristige Perspektive ein, wenn ich die Politik des »deutsch-französischen Motors« bewerte, der beiden Staaten, die historisch eine besonders wichtige Rolle bei der europäischen Integration spielen.

Frankreich, das heißt »wir« und »ihr«

Frankreich, dem sich Polen im polnischen historischen Gedächtnis verbunden fühlt, macht den Eindruck, als finde es sich in der erweiterten Europäischen Union nicht wieder. Anders als Deutschland hatte es keine Strategie gegenüber unserer Region, fast kann man denken, es lasse sich von der Erwartung leiten, dass es unabhängig von den Umständen und Konsequenzen dem von der »alten EU« abgesteckten Weg folgen wird.

Verblüffend war der fehlende Realismus bei den laut verkündeten Initiativen wie der schon tot geborenen Union für den Mittelmeerraum, einer Union der EU und 14 einander häufig feindlich gesinnter Staaten (2008), die von Gleichgültigkeit gegenüber der Östli-

chen Partnerschaft (2009) begleitet wurde, oder dem Angriff mit Großbritannien auf Libyen 2011, der die EU-Partner überraschte angesichts des vorangegangenen Widerstands gegen die Aktivitäten der USA und einem Kreis von Verbündeten im Irak. Die von Präsident Emmanuel Macron 2019 verkündete Bereitschaft, die Verteidigung Europas mit den französischen Kräften der nuklearen Abschreckung zu bestreiten, verwunderte auch Deutschland, das davon vorher nichts erfahren hatte.

Die Initiativen riefen intensive Diskussionen hervor – und starben rasch eines natürlichen Todes. Letztes hat Präsident Macron den Vorschlag unterbreitet, eine Europäische Politische Gemeinschaft zu gründen. Großbritannien hat bereits abgelehnt, über seine Interessen im Kreis der Ukraine, der Türkei oder zahlreicher anderer kleiner Staaten, die eine EU-Mitgliedschaft anstreben, zu diskutieren. Die Staaten, die für die Mitgliedschaft kandidieren, befürchten wiederum, dass eine neue Gemeinschaft eine Art *Ersatz* [deutsch im Original, Anm. d. Übers.] sein wird, der die EU-Erweiterung ersetzen wird.

Mehrere Präsidenten Frankreichs haben es, wenn sie verschiedene Vorschläge vorstellten, als nicht »hilfreich« betrachtet, vorher entsprechende Konsultationen durchzuführen. Hier kommen die Worte von Präsident Jacques Chirac im Jahr 2003 in Erinnerung: »Die osteuropäischen Staaten haben die Gelegenheit verpasst, still zu sitzen«...

Im Jahr 2017 wiederum richtete der irritierte Präsident François Hollande bezeichnende Worte an die Ministerpräsidentin Polens: »Ihr habt Prinzipien, wir haben Strukturfonds«. Es ist hier von geringer Bedeutung, dass Beata Szydło die PiS repräsentierte und für die Feindschaft gegenüber Donald Tusk stand, um dessen Wiederwahl zum EU-Ratspräsidenten es damals ging. Wichtig war das plötzliche Verschwinden des Begriffes »wir, Europäische Union« mit ihren erklärten Werten und Zielen und das Auftauchen des Dualismus »wir« – die alte EU mit Geld – und »ihr« – Polen und andere Mitgliedsstaaten im Osten der EU.

Daran zu erinnern ist nicht Ausdruck irgendwelcher polnischer Komplexe. Vielmehr mache ich auf eine Tradition der französischen Politik aufmerksam, die ein *dés-intéressement impérial* gegenüber unserer Region erkennen lässt. Keineswegs nur im Osten der EU, auch viele westliche Experten sehen zahlreiche politische Vorhaben Frankreichs als Ausdruck des Handelns im eigenen nationalen Interesse, das mit europäischer Rhetorik bedeckt wird, und als Bestreben, die eigene Position gegenüber den »Angelsachsen« und den Deutschen zu stärken – auch mithilfe der Entwicklung privilegierter Beziehungen einst zur UdSSR und später zu Russland. Auf diesem Feld kommt es zu wesentlichen Differen-

zen, nicht nur mit der PiS-Regierung. Zu beobachten ist auch, dass eine solche Einstellung den souveränistischen Nationalpopulisten in Polen und anderswo hilft und mit Sicherheit nicht das Vertrauen stärkt, das der weiteren Integration dienen soll, insbesondere im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik.

Deutschland – zu spät verlorene Illusionen

Das Beispiel Frankreichs ist für uns allerdings weniger schmerzhaft als die Erfahrungen mit der Politik Deutschlands, die in Polen Sorge und Enttäuschung weckten und wecken, unabhängig von der politischen Präferenz – was in der gegenwärtigen Situation außerordentlich selten ist. Donald Tusk brachte dies unlängst in seiner Rede in Potsdam zum Ausdruck, in der er sich kritisch über die Hilfe für die Ukraine äußerte. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die Aktivitäten der [polnischen, Anm. d. Übers.] Regierungskoalition einen Propagandaangriff auf Deutschland zum Ziel haben und kein sachliches Gespräch unter Partnern.

Bis zum Krieg in Georgien (2008) konnte man sich von Illusionen über Putins Absichten leiten lassen, aber ganz sicher nicht mehr seit der Annexion der Krim und dem Ausbruch des Krieges im Donbass im Jahr 2014.

Trotz alledem, trotz einiger Tausend getöteter Ukrainer und entgegen dem EU-Embargo kaufte Russland weiter militärisches Gerät oder Teile für sowohl zivile als auch militärische Nutzung – in Frankreich für 152 Millionen Euro und in Deutschland für 122 Millionen Euro. Zuvor hatte nur der Druck der Bündnispartner verhindert, dass Paris Moskau im Jahr 2015 zwei moderne Kriegsschiffe des Typs Mistral im Wert von 1,2 Milliarden Euro lieferte.

Madeleine Albright stellte fest: »Die Vergangenheit ist nicht vergangen.« Nach den Erfahrungen mit »Mein Kampf« sollten wir öffentlich vorgestellten aggressiven Projekten autoritärer Führer aufmerksam zuhören, wie etwa Putins Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Jahr 2007. Wir können es nicht vermeiden, Fragen zu stellen: Was verursachte, dass in Berlin – angefangen mit dem NATO-Gipfel 2008 in Bukarest, als Frankreich und Deutschland die Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die NATO blockierten – Putins expansionistische Erklärungen unbeachtet blieben, dass die Ukraine kein Staat sei und die Ukrainer gerade mal ein kleinerer russischer Stamm, der reduziert und dessen nationale Bestrebungen eliminiert werden müssen? Der Abschied von der Politik der Annäherung durch Zusammenarbeit (»Wandel durch Handel«), geschehen unter dem Einfluss des Krieges, wie Sie in Ihrer Rede unterstreichen, ist dem Zusammenstoß mit der Realität geschuldet, wofür die Ukrainer jetzt mit ihrem Blut bezahlen, ganz Europa mit einer Energie- und Wirtschaftskrise und zahlreiche Staaten in der Welt mit drohendem Hunger.

Bis zum letzten Augenblick standen die Koalitionsregierung und Bundeskanzlerin Angela Merkel persönlich zum Bau der Gaspipeline Nord Stream 2. Da das Projekt zurzeit tot ist, könnten Sie fragen: Wozu zu ihm zurückkehren? Aus unserer Perspektive ist es ein Beispiel für die Absage loyaler Zusammenarbeit, für mangelnde Solidarität und die Vorrangstellung deutscher (und russischer) Interessen vor die innere Einheit und den Zusammenhalt der EU und der NATO, was den Interessen und dem Sicherheitsgefühl nicht nur der Ukraine, sondern auch Polens oder der baltischen Staaten, Bündnispartner in der NATO und der EU, einen Schlag versetzt, mit Schaden, das sei hinzugefügt, für die gemeinsame Energiepolitik der gesamten Union.

Aus Berlin hörten wir sich verändernde Begründungen für dieses Projekt und die Weigerung anzuerkennen, dass Russland ein mächtiges Druckmittel gegenüber der EU erlangt hat, dass Deutschland selbst Opfer der Energieerpressung werden kann. Trotzdem sprach sich Deutschland 2015 konsequent gegen den Vorschlag der Europäischen Kommission aus, gemeinsame Gaseinkäufe zu tätigen, was die Chance, eine wirkliche Energieunion zu schaffen, minderte.

Angela Merkel hat sich seit Beendigung ihrer Amtszeit nur ein Mal geäußert und die Richtigkeit ihrer Politik bekräftigt. Bundeskanzler Olaf Scholz stoppte schließlich die Gaspipeline Nord Stream 2, wobei er die Begründung auf die militärische Aggression gegenüber der Ukraine beschränkte. Es mussten mehr als ein Monat vergehen und vor allem die russischen Morde in Butscha, Irpin und anderswo entdeckt werden, bevor sich der Bundespräsident Deutschlands, Frank-Walter Steinmeier, entschloss, mit seiner und der SPD-Unterstützung für Nord Stream 2 zu brechen und am 12. April zu bekennen: »Jetzt ist nicht nur das Milliardenprojekt gescheitert, sondern unser Verhalten hat auch den Verlust der Glaubwürdigkeit bei unseren osteuropäischen Nachbarn zur Folge.«

Diese wahren Worte ändern nichts an der Tatsache, dass die deutsche Regierung, die politischen Parteien und die Wirtschaft im engen deutschen Interesse tätig waren und Russland die Vorbereitung seiner aggressiven Pläne erleichterten, indem sie den »Dialog« fortsetzten, der keinerlei Anzeichen eines verifizierbaren Fortschritts aufwies. Und das auch gegen die Warnungen zahlreicher deutscher Experten oder der Appelle, die Politik zu ändern, etwa vom ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck und dem ehemaligen Außenminister Joschka Fischer.

Versprechen, Ankündigungen, Ausweichmanöver und Hilfe

In Polen sollten wir besonders die pazifistische Strategie der Deutschen seit dem Ende des Krieges würdigen, die eher für Verhandlungen als für den Einsatz von Gewalt optieren. Die Beschränkungen dieser Strategie unter den veränderten Bedingungen hat jedoch 2011 in Berlin der damalige

polnische Außenminister Radosław Sikorski verdeutlicht: »Mehr als vor seiner Stärke fürchte ich mich vor der Tatenlosigkeit Deutschlands.« Diese Tatenlosigkeit gegenüber Russland, verursacht durch infolge der veränderten Rahmenbedingungen veraltete Konzepte der »Ostpolitik« und Eigeninteressen, zeitigen aktuell dramatische Folgen.

Mit Anerkennung haben wir die Reaktion auf die russische Aggression aufgenommen, die »Zeitenwende« von Bundeskanzler Scholz, also die Ankündigung der fundamentalen Wende in den Beziehungen zu Moskau, der sehr deutlichen Erhöhung der Militärausgaben Deutschlands sowie der Hilfe für die Ukraine.

Als Grund für den Vertrauensverlust Deutschlands in der Region wird jedoch die fehlende Konsequenz beim Handeln gesehen. Vor allem das Zögern bei Waffenlieferungen für die Ukraine, sei es direkter oder mit Hilfe der NATO, sowie die Verweigerungen der Zustimmung für Lieferungen deutscher Waffen aus anderen Staaten.

Gleichzeitig muss anerkannt werden, dass Berlin die Schaffung der Europäischen Friedensfazilität (im Wert von aktuell 2,5 Milliarden Euro) unterstützte, in deren Rahmen die Ukraine auch mit Waffenlieferungen unterstützt wird.

Die zugänglichen Daten zeigen aber, dass sich die Höhe der militärischen Unterstützung Berlins deutlich von den Möglichkeiten und dem Umfang des Engagements zahlreicher anderer, kleinerer Staaten abhebt.

Tabelle 1: Gesamte bilaterale Hilfszusagen für die Ukraine (Anteil am BIP des Geberlandes, 24. Februar bis 3. August 2022)

Estland	0,83 %
Lettland	0,80 %
Polen	0,49 %
Norwegen	0,36 %
Litauen	0,32 %
Großbritannien	0,24 %
USA	0,22 %
Deutschland	0,08 %
Frankreich	0,04 %
Italien	0,03 %
Ungarn	0,03 %

Quelle: <https://www.statista.com/statistics/1303450/bilateral-aid-to-ukraine-in-a-percent-of-donor-gdp/>

Auch wenn im Laufe der Zeit die Waffenlieferungen, auch schwerer Waffen, erhöht wurden, macht dieser Prozess den Eindruck, als verlief er zögerlich, gar unwillig.

Daten des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel belegen, dass sich Deutschlands wesentliches Engagement auf humanitäre Hilfe konzentriert, aber wir müssen uns bewusst sein, dass gegenwärtig humanitäre Hilfe und das Versprechen, sich am Wiederaufbau der Ukraine in der Zukunft

zu beteiligen, nichts nützen, wenn Russland siegt und es, indem die territorialen Zugewinne verstetigt werden.

Bundeskanzler Scholz hatte der Lieferung schwerer Waffen, die für die Ukraine notwendig sind, eine Absage erteilt und dies beispielsweise in einem Interview in »Der Spiegel« vom 22. April damit begründet, dass die Ukrainer nicht ausreichend geschult seien, die Waffen nicht bereit stünden und Deutschland selbst nichts liefern könne, ohne die Bundeswehr zu schwächen, usw.

Aufmerksamkeit erregt jedoch die politische Erklärung des Kanzlers: »Unser Land trägt die Verantwortung für Frieden und Sicherheit in ganz Europa. [...] Wir müssen alles tun, was möglich ist, um die direkte militärische Konfrontation zwischen der NATO und einer hochgerüsteten Supermacht wie Russland zu vermeiden. Ich tue alles, um eine Eskalation zu verhindern, die zu einem dritten Weltkrieg führt. Es darf keinen Atomkrieg geben.«

Ich gehe nicht darauf ein, dass in dieser Aussage die situationsentscheidende Rolle und Politik der USA nicht zur Kenntnis genommen werden. Das Wichtigste ist angesichts dieser Worte die Frage, ob wir in einer Situation, in der Polen und andere Bündnispartner im Osten Frontstaaten geworden wären, darauf vertrauen können, dass der deutsche NATO- und EU-Partner uns bei Bedarf zu Hilfe käme und Unterstützung leisten würde, zumindest in Form von Waffen- und Munitionslieferungen. Bedingungslos und unverzüglich, so dass nicht auch wir hören müssten, dass Deutschland dies nicht tun werde, obwohl doch »das Land die Verantwortung für Frieden und Sicherheit in ganz Europa trägt«.

Der Historiker Timothy D. Snyder richtete an die Adresse Deutschlands treffende Worte: »Wenn die Ukraine diesen Krieg verliert, dann geschieht das vielleicht deshalb, weil andere ihre falsch verstandene Geschichte dafür nutzten, falsche Gründe für eine Zeitvergeudung über mehrere Wochen zu finden, die über die kommenden Jahrzehnte entscheiden werden.«

Zaudern und zweideutiges Vorgehen unter so dramatischen Bedingungen dienen nicht dem Vertrauen, der Glaubwürdigkeit und der Einheit, sie bewirken, dass die Bündnispartner untereinander streiten, was Moskau und Peking Differenzen und Schwächen offenbart und auf offenkundige Art und Weise desintegrierende Tendenzen in der EU verstärkt.

Das Veto und die europäische, nicht nur polnische, Angelegenheit

Das Problem des Vertrauens und der Glaubwürdigkeit muss auf absolut eindeutige Art und Weise gelöst werden, ehe wir, was Ihre Regierung vorschlägt, den Weg des Mehrheitsbeschlusses in Fragen der EU-Außen- und Sicherheitspolitik einschlagen werden.

Bereits Ihr Amtsvorgänger, Heiko Mass, rief dazu auf, nachdem eine Gruppe von Staaten im Juni 2021

eine überraschende und diplomatisch nicht vorbereitete Initiative von Merkel und Macron blockiert hatte. Es handelte sich um die Aufnahme direkter Gespräche zwischen der Europäischen Union und Putin, obgleich nach dem respektlosen Verhalten gegenüber Josep Borrell in Moskau klar war, dass Russland die EU nicht als Partner anerkennt. Mass rief dazu auf:

»Wir können uns nicht länger in Geiselhaft nehmen lassen von denjenigen, die die europäische Außenpolitik durch ihre Vetos lähmen. Der Einsatz ist Europas Handlungsfähigkeit. Die Tatsache, dass bestimmte Länder regelmäßig Entscheidungen in der Außenpolitik blockieren, gefährdet Europas Zusammenhalt. Wer das tut, spielt über kurz oder lang mit dem Zusammenhalt Europas. Deshalb muss man auch ganz offen sagen: Das Veto muss weg – auch wenn das bedeutet, dass man selbst einmal überstimmt werden kann.«

Lasse ich mich auf Mass' Worte ein, weiß ich nicht, wie Deutschland vorgehen würde, aber vor dem Hintergrund der gemachten Erfahrungen habe ich Zweifel, dass Frankreich zustimmen würde, in einem so wesentlichen Bereich wie der Außen- oder der Verteidigungspolitik überstimmt zu werden.

Die Intention, die hier zum Ausdruck gebracht wird, war nicht von vorübergehenden Emotionen geleitet, zumal am 20. Dezember 2021 der damals neue Kanzler Scholz bei einem Treffen mit Ministerpräsident Mario Draghi in Rom ebenfalls andeutete, dass in »manchen Situationen Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden sollten«. Draghi kommentierte dies skeptisch: »Wenn wir überlegen, was die Ablehnung der Einstimmigkeit angesichts der Entscheidung über die Entsendung von Soldaten in den Einsatz bedeutet, wird uns bewusst, wie kompliziert das ist.« Betrachtet man die Kompetenzen des Bundestages in diesem Bereich und auch die Differenzen unter den Koalitionspartnern, kann man annehmen, dass allein in Deutschland enorme Komplikationen auftraten.

Mit Blick auf die bedeutenden Differenzen in den Regierungspolitiken der Mitgliedsstaaten erstaunt das Beharren auf diesen radikalen Vorschlag. Der Krieg in der Ukraine hat die Unterschiede aktuell schwächer werden lassen, aber nicht ausgeräumt. Sie werden mit Macht zurückkommen, wenn zum Beispiel Russland die Überhand in der Ukraine gewinnen oder wenn wieder Donald Trump oder jemand, der ihm ideologisch ähnlich ist, zum Präsidenten der USA gewählt werden würde. Festgestellt werden muss, dass auch die NATO, die Basis unserer gemeinsamen Sicherheit, ein politisch-militärischer Pakt ist, dessen Handeln Einstimmigkeit erfordert, während der Umfang der Reaktion auf eine Bedrohung von jedem Staat eigenständig bestimmt wird. In zahlreichen Staaten sind schwache Koalitionsregierungen häufig von einer labilen und unbeständigen Par-

lamentsmehrheit abhängig. Soll also von den Ambitionen irgendeiner Partei in irgendeinem Mitgliedsland, die im Interesse ihrer eigenen Popularität handelt, unsere Sicherheit abhängen?

Sollten wir also in der Zukunft Mehrheitsabstimmungen für den Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ausarbeiten, sollten wir für alle vertrauenswürdige Sicherheitsmechanismen in Form von einer sehr hoch gesetzten qualifizierten Mehrheit einbauen, die es gleichzeitig unmöglich macht, dass die betreffenden politischen Vorhaben von ein oder zwei Staaten blockiert werden.

Wer soll kämpfen? Wer führt?

Darüber hinaus würden so weitreichende Schritte Änderungen in den Verträgen erforderlich machen, und dies erachten nur wenige als realistische Perspektive. Im Mai haben sich 13 Mitgliedsstaaten, nicht nur aus Mitteleuropa, sondern auch Dänemark, Finnland und Schweden, gegen Änderungen in den europäischen Verträgen ausgesprochen.

Im Hinblick auf die deutlichen Unterschiede gelang nicht einmal in der kleineren Union der sechs Staaten der Versuch, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft und eine europäische Armee ins Leben zu rufen (1952). Wenige nahmen die Auflösung der Westeuropäischen Union (1955–2010) mit ihrer Verpflichtung zur sofortigen und bedingungslosen militärischen Hilfe im Falle eines Angriffs auf eines ihrer Mitglieder wahr. Diese Klausel war stärker als die Bündnisverpflichtungen des Artikel 5 des NATO-Vertrages, wonach die Bündnisparteien im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen eine oder mehrere von ihnen »der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen [...] die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie FÜR ERFORDERLICH ERACHTET [Hervorhebung ES]«.

Keiner der in der Vergangenheit unternommenen Versuche, den vertraglich festgelegten Aufgaben- und Pflichtenkatalog der EU um den militärischen Aspekt zu ergänzen, war erfolgreich, der im Mai gebilligte europäische Strategische Kompass inbegriffen. Ähnlich wie in der Vergangenheit waren die Mitgliedsstaaten nicht in der Lage, sich über die Entscheidungen und operativen Funktionen zu verständigen, die sich aus zwei grundlegenden Fragen ergeben:

1. Wer soll die Entscheidung über den Einsatz europäischer Streitkräfte treffen?
2. Wer soll die operativen Maßnahmen führen?

Ich unterstütze in Gänze gemeinsame Tätigkeiten in jedem Bereich, aber die Erfahrung zeigt, dass es trotz langjähriger Versuche – abgesehen von der effektiven Umsetzung gemeinsamer Standards in Handel und Industrie sowie in der Entwicklungspolitik – schwierig ist, über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspoli-

tik der Europäischen Union zu sprechen, die nicht zufällig per Vertrag Einstimmigkeit erfordert. Angesichts der unterschiedlichen historischen Erfahrungen, politischen Traditionen, Sicherheitskulturen und Bedrohungsgefühle der 27 Staaten werden die Versuche, Mehrheitsbeschlüsse bei außen- und sicherheitspolitischen Fragen einzuführen, keines der Probleme lösen, sondern nur dazu beitragen, Spannungen und Spaltungen zu vergrößern und in der Folge die Union zu schwächen.

Wir sollten uns also folgende Fragen stellen:

- Welche Ziele sollten wir in der EU unter Anwendung des Mehrheitsprinzips in der Außen- und Sicherheitspolitik realisieren?
- Welche Ziele könnten wir aktuell mit dem zurzeit bestehenden Entscheidungsverfahren realisieren, wenn der politische Wille der Interessenten – aller oder einer Gruppe von Staaten – vorhanden ist?
- Wer soll diese Ziele bestimmen und wie soll allen Mitgliedsstaaten im Verlaufe ihrer Umsetzung ein Gefühl von Sicherheit vermittelt werden?

Wir sind eine Gemeinschaft, aber jeder hat eigene Interessen

In Ihrer Rede an der New School haben Sie darauf aufmerksam gemacht, es sei absurd, mehr als ein Dutzend Panzermodelle zu nutzen, und zu europäischer Integration in der Rüstungsindustrie aufgerufen. Warum waren denn also Frankreich, Deutschland, Italien, die Niederlande, Belgien und Spanien nicht in der Lage, dies in der Vergangenheit zu vollziehen, ohne auf das Einverständnis der anderen Länder zu warten? Es gibt ja den Mechanismus der »verstärkten Zusammenarbeit«, der einer Gruppe von Staaten ermöglicht, Projekte zu realisieren, für die es aktuell nicht die Zustimmung aller gibt.

Dazu ist es nicht gekommen, denn alle Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland, einer der größten Waffenexporteure, schützen eifersüchtig ihre Unabhängigkeit, Produktionskapazitäten und Arbeitsplätze in diesem strategisch wichtigen Bereich. Darüber hinaus, das werden Sie einräumen, unterliegen Rüstungskäufe nicht nur der militärischen oder industriellen, sondern auch der politischen Logik. Nicht zufällig haben sich Polen und Deutschland entschlossen, US-amerikanische F-35-Kampfflugzeuge zu kaufen und nicht den neuesten Eurofighter Typhoon.

Die proeuropäische Rhetorik prallt auf die Politik der Mitgliedsstaaten, die von nationalen Interessen geleitet ist. Das ist nichts Neues, Regierungen haben immer so gehandelt – haben dabei aber gleichzeitig als wichtige Ergänzung das gemeinsame Interesse im Rahmen der EU im Blick gehabt. Wir sollten darüber nicht enttäuscht sein, nichtsdestoweniger fügt es der europäischen Einheit Schaden zu, mit von der Realität losgelösten Schlagworten um sich zu werfen, und es hilft

den Nationalpopulisten, die sich auf Souveränität und Patriotismus berufen, sowie es gleichzeitig Verschwörungstheorien bei den Wählern stärkt, wonach die tatsächlichen Ziele der vorgeschlagenen Politiken angeblich verborgen bleiben.

Mit dem Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO, Staaten, die bisher neutral waren, verschwindet das Argument von den Schwierigkeiten bei der Realisierung einer gemeinsamen EU-Sicherheitspolitik.

Eines der wesentlichsten Probleme im Bereich der Sicherheit ist die Frage der Zusammenarbeit zwischen der EU und der transatlantischen NATO. Die Europäische Union sollte sich stärker in der Zusammenarbeit mit der NATO engagieren, in einen Prozess, den vor allem sie selbst aufhält, da sie die Dominanz des Bündnispartners fürchtet. Das verwundert insofern, als die Entscheidungen in den beiden Bündnissen von denselben Regierungen getroffen werden. Auf der Tagesordnung steht das Problem, dass in Europa der unverzichtbare technologische Sprung für eine effektive Interoperationalität der europäischen und der amerikanischen Streitkräfte vollzogen werden muss. Die EU kann eine wesentliche Rolle in diesem Bereich spielen – für die eigene Verteidigung und die Vertiefung der Zusammenarbeit mit den USA.

Hinzugefügt sei: Um die vereinbarten Ziele der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu realisieren – gesetzt den Fall, dass ein politischer Willen vorhanden ist –, müssen die Verträge nicht geändert werden, da im Vertrag über die Europäische Union die sog. Brückenklausel (Passerelle-Regelung) festgelegt ist.

Stärke durch Zusammenarbeit!

Unter dieses Motto sollten wir die Beziehungen sowohl zu den USA sowie zur NATO als auch innerhalb der Europäischen Union stellen. Unter den aktuellen Bedingungen auf Mehrheitsentscheidungen und die Schaffung eines föderalen Europa zu beharren, ist Ausdruck einer spezifischen politischen Farbenblindheit, denn es ist nicht nur unrealistisch, sondern schlicht schädlich für das sensible Gleichgewicht zwischen den Mitgliedsstaaten. Darüber hinaus wird das von den Souveränisten in Frankreich, Italien, Spanien oder Polen ausgenutzt. Sich gegen die Gefahren der aggressiven Nationalismen zu stellen, sogar wenn sie Ängsten entspringen und auf Verteidigung ausgerichtet sind, kann aus unserer Perspektive nicht die Notwendigkeit aufheben, das funktionale Modell der vertieften Integration in Vielfalt zu stärken.

Sollten wir also, bevor wir den Versuch unternehmen, Mehrheitsbeschlüsse im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, des Aufbaus eines föderalen Europa oder der Schaffung einer europäischen Rüstungsindustrie einzuführen, nicht erwarten, dass Schritte unternommen werden, auch scheinbar weniger ambitionierte,

die die Europäische Union deutlich stärken, auch gegenüber äußeren Gefahren? Solche Schritte sind:

1. Die Reformen in der Eurozone abschließen, das ist die gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik, was ohne die Harmonisierung der Politiken im Rahmen der Fiskalunion und der Sozialunion nicht möglich ist;
2. den Aufbau eines einheitlichen Marktes der EU abschließen, auch im Bereich der Dienstleistungen;
3. Bedingungen für den Abbau von Entwicklungsunterschieden zwischen dem Norden und dem Süden Europas schaffen, um die sozialen Spannungen zu reduzieren, welche die Einheit der gesamten EU gefährden.

Seit Jahren hemmen die Staaten der Eurozone selbst den Fortschritt in diesen Bereichen, um ihre eigenen Arbeitsplätze und Industrien zu schützen. Die Krise Griechenlands wird sich als wenig bedeutende Episode angesichts der potentiellen Krise in Italien erweisen.

Zweifellos sollten wir mit Blick auf die zahlreichen Gefahren die Integration intensivieren, in allen Bereichen, die uns allen helfen, auch mithilfe des Mehrheitsmechanismus, aber – und das ist besonders wichtig – wir sollten auch bei den Bürgern Europas die Überzeugung von der Nützlichkeit und der Effektivität des gemeinsamen Handelns im Rahmen der EU stärken.

Unterstützt werden muss das Konzept der europäischen Autonomie, insbesondere angesichts der Unsicherheit über die zukünftige Politik Russlands, Chinas, aber auch der Vereinigten Staaten. Autonomie kann man erlangen durch die deutliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben und die Koordination der Tätigkeiten der Mitgliedsstaaten. Die europäische Souveränität erfordert allerdings entsprechend hohe Investitionen in die Streitkräfte und eine einheitliche Führung mit entsprechenden Ausführungskompetenzen, denen alle EU-Mitglieder zustimmen müssten. Dieser Typ einer quasi-staatlichen Exekutive würde die Schaffung einer tatsächlich föderalen Europäischen Union erfordern, wozu die Mitgliedsstaaten nicht bereit sind und es ist unklar, wann sie bereit sein werden.

Machen wir also jetzt maximal viel, um die EU in allen möglichen Bereichen zu stärken; dazu gehört die Resilienz der Wirtschaften, der staatlichen Strukturen und der Gesellschaften; machen wir das für die EU selbst, aber auch als effektiver NATO-Partner.

Sehr viel kann man auf dem Weg des pragmatischen Mechanismus der verstärkten Zusammenarbeit von Staatengruppen erreichen. Natürlich ist die Einheit der gesamten EU nicht nur symbolisch wichtig. In der

aktuellen dramatischen Situation des Krieges, des Todes und der Zerstörung, der Energiekrise sowie der gefährlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen in vielen Ländern zählen konkrete Maßnahmen, welche die NATO, die EU und die Ukraine stärken sowie Russland schwächen. Dafür bedarf es des politischen Willens nicht nur Berlins, Paris' oder Roms, sondern auch der Regierungen und Parlamente anderer Mitgliedsstaaten.

Die Polen sind unverändert proeuropäisch, sogar die Anhänger der PiS

Der Durchsetzung der eigenen Vorstellungen gegen die Realität in der Sicherheitspolitik der Staaten droht eine Katastrophe. Damit ist zurzeit Deutschland konfrontiert, vor allem in den Beziehungen zu Russland, aber auch in den Bündnisbeziehungen, weil die Veränderung in der Politik keine selbständige Reflexion der Annahmen und Illusionen der überkommenen Ostpolitik bewirkte, sondern Bomben, Raketen und russische Verbrechen.

In der Europäischen Union war und bleibt die Integration immer ein Prozess, deshalb brauchen wir jetzt vor allem die Verwirklichung des Anpassungsprozesses an die neue Situation durch konstruktive, loyale Zusammenarbeit aller mit allen bei Umsetzung konkreter, uns allen dienender Projekte. In dem Bewusstsein, dass alle unter dem Bedrohungsdruck wachsenden ambitionierten Ziele – wirtschaftliche, gesellschaftliche, klimatische, Verteidigungs- und viele weitere Ziele – unter dem Einfluss der sog. sparsamen Mitgliedstaaten für knapp ein Prozent des BIP realisiert werden sollen.

Zum Schluss, sehr geehrte Frau Ministerin, weise ich darauf hin, dass regulär über 80 Prozent (!!!) der Polen die Mitgliedschaft in der EU unterstützen, also auch Anhänger der PiS-Regierung. Außerdem hat die Mehrheit ein größeres Vertrauen zu den EU-Institutionen als zur eigenen Regierung. Das ist ein äußerst positiver Bezugspunkt für Reflexionen über den Platz Polens in der Europäischen Union der Zukunft. Wenn wir alle, in gegenseitiger Loyalität, auf den Boden zurückkehren und uns damit befassen, was wirklich notwendig und möglich ist.

Und dann, daran habe ich keinen Zweifel, tragen wir dazu bei, was Sie in Ihrer Rede unterstreichen, und zwar zur Stärkung der Europäischen Union selbst und zur erwünschten sowie wirksamen »Führungspartnerschaft« zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Eugeniusz Smolar (1945), Experte sowie Mitglied des Stiftungsrates des Zentrums für Internationale Angelegenheiten (*Centrum Stosunków Międzynarodowych – CSM*), Warschau, politischer Gefangener in der Zeit der Volksrepublik Polen, ehemaliger Direktor der Polnischen Sektion der *BBC World Service* in London.

In schwierigen Zeiten den transatlantischen Moment nutzen – unsere gemeinsame Verantwortung in einem neuen globalen Umfeld

Rede von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock an der New School, New York, 2. August 2022

Es freut mich sehr, hier an der New School zu sein.

Seit ihrer Gründung hat sich die New School in herausragender Weise dafür eingesetzt, amerikanische, europäische und besonders deutsche Intellektuelle, Akademikerinnen und Akademiker zusammenzubringen.

In den 1930er-Jahren, als die Nazis die freie Wissenschaft in Europa auslöschen wollten, fanden verfolgte Gelehrte hier an der New School Zuflucht – an der University in Exile.

Und heute wie damals ist die New School eine herausragende Institution in ihrem freien und kritischen Denken, in der Art und Weise, wie ihre Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Studierenden die großen Fragen unserer Zeit angehen: fächerübergreifend und gedankliche Grenzen überwindend.

Meiner Ansicht nach tun Sie genau das, was Hannah Arendt – die, wie Sie ja alle wissen, auch an dieser Universität gelehrt hat – meinte, als sie vom »Denken ohne Geländer« sprach.

Damit beschrieb sie einen Ansatz, bei dem wir mutig genug sind, Vorurteile und vorgefasste Meinungen abzulegen und uns neuen Vorstellungen zu öffnen.

Ich sage Ihnen ganz offen: Dieser Ansatz ist nicht unbedingt Bestandteil der DNA von Politikerinnen und Politikern. Aber das, wofür die New School steht, brauchen wir in dieser Zeit, in der wir enormen globalen Herausforderungen gegenüberstehen.

Wir müssen frische Ideen entwickeln.

Wir müssen bereit sein, die Welt auch aus dem Blickwinkel von Menschen zu sehen, die unsere Meinung nicht teilen.

Es ist noch kein Jahr her, dass ich deutsche Außenministerin wurde.

Als ich dieses Amt übernahm, wusste ich natürlich, dass schwierige Zeiten vor uns lagen.

Aber ich habe nicht erwartet, dass in meinen ersten Monaten im Amt eine neue geopolitische Realität auf dem europäischen Kontinent geschaffen würde.

Der 24. Februar hat unsere Welt verändert, er hat Europa verändert.

Er markiert den Zeitpunkt, an dem Russland seinen erbarmungslosen Krieg gegen die Ukraine begonnen hat.

Einen Krieg, der das Ziel verfolgt, ein unabhängiges Nachbarland auszulöschen und dessen Identität zu unterdrücken. Präsident Putin hat das als Befreiungskrieg bezeichnet, aber Russlands Panzer und Raketen bringen keinen Frieden und keine Freiheit, sondern Tod und Zerstörung über Städte, Häuser und Geburtskliniken in der Ukraine.

Russlands Krieg bricht auch mit der europäischen Friedensordnung, die wir nach dem Fall des Eisernen Vorhangs aufgebaut haben; er verhöhnt das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen. Präsident Putin möchte eine Welt, in der das Recht des Stärkeren gilt, nicht die Stärke des Rechts, eine Welt, in der Großmächte sich nach Belieben kleinere Staaten einfach einverleiben können.

Wir alle dachten, dass der Krieg nie auf den europäischen Kontinent zurückkehren würde – das galt besonders für meine Generation. Ich bin 40 Jahre alt, wurde in Westdeutschland geboren und habe glücklicherweise nie Krieg oder Diktatur erlebt.

Aber wir haben die brutale Realität gesehen, als wir Mitte März beim Treffen der NATO-Außenministerinnen und -minister versammelt waren: Wir alle saßen in einem Saal, während unser ukrainischer Kollege Dmytro Kuleba auf dem Bildschirm zugeschaltet war und erklärte, wie furchtbar die Lage in der Ukraine ist.

Zwischendurch zeigte er Bilder. Bilder von zerstörten Städten, Häusern und Existenzen. Auf einem Bild war ein Vater zu sehen, der über den Leichnam seines toten Kindes gebeugt weinte. Und ich glaube, in diesem Moment, dort in dem Saal im NATO-Gebäude, dachte niemand theoretisch über Außenpolitik oder die Verteidigungsfähigkeit der NATO nach. Alle dachten nur: Was, wenn ich das wäre, ein Vater oder eine Mutter, die das eigene tote Kind beweint? Das hat uns deutlich gemacht: Das könnten wir sein.

Präsident Putin greift die europäische Friedensordnung, die internationale Ordnung nicht theoretisch an – sein Angriff ist brutale Realität. Kiew ist nur zwei, drei Flugstunden von meiner Heimatstadt entfernt. Ich wohne in Potsdam, einer Stadt vor den Toren Berlins. So wie Butscha vor den Toren Kiews liegt. Das habe ich begriffen, als ich in Butscha und Irpin war: Das könnten wir sein. Es ist so wichtig im digitalen Zeitalter, im Zeitalter der sozialen Medien,

in dem man manchmal nicht zwischen Wirklichkeit und virtueller Realität unterscheiden kann, dass man versteht: Das ist die Brutalität, die das Leben aller Menschen in der Ukraine prägt.

Deshalb haben wir unmissverständlich deutlich gemacht, dass wir solidarisch zusammenstehen – nicht nur mit der Ukraine, sondern auch im Rahmen dieser internationalen Friedensordnung, von der meine Generation dachte, sie sei einfach selbstverständlich. Aber wir sehen jetzt, dass sie nicht selbstverständlich ist. Wir müssen jeden Tag für Frieden, Freiheit und Sicherheit kämpfen.

Und mir ist wichtig, dass wir es auch den demokratischen Kräften in Russland schuldig sind, diesen Kampf für Freiheit, Sicherheit und auch Demokratie zu führen. Denn der russische Präsident verändert und bedroht auch die Demokratie in seinem eigenen Land.

Schon zuvor hat der Kreml unsere offenen Gesellschaften mit hybriden Angriffen ins Visier genommen. Nach dem 24. Februar gibt es kaum noch Spuren von Demokratie in Russland selbst: Russische Aktivistinnen und Aktivisten, die nach dem 24. Februar auf die Straße gingen und demonstrierten – und es waren viele Menschen auf den Straßen –, kamen ins Gefängnis. Journalistinnen und Journalisten wurden unterdrückt und Oppositionelle eingesperrt. Junge Menschen und Unternehmerinnen und Unternehmer verlassen das Land. Denn es ist kein freies Land mehr.

Diese neue Realität markiert eine Zäsur.

Aber ich glaube auch – und das ist heute mein Thema –, dass sie noch etwas anderes markiert: nämlich einen wirklichen transatlantischen Moment!

In den vergangenen Monaten haben Deutschland, Europa und die Vereinigten Staaten entschlossen beieinander gestanden – vielleicht so eng wie noch nie seit Ende des Kalten Krieges.

Bei der Unterstützung unserer ukrainischen Partner, bei der Verhängung von Sanktionen gegen Russland und bei der entschiedenen Reaktion im Rahmen der NATO haben wir entschlossen gehandelt.

Es ist gut, dass Ihr Land seiner Verantwortung für die internationale regelbasierte Ordnung gerecht wird.

Und ich möchte hinzufügen: Ich glaube, auch in unseren Gesellschaften hat sich in den vergangenen Monaten vielleicht etwas geändert:

In Deutschland erkenne ich bei unseren Bürgerinnen und Bürgern eine echte wiedererstarkte Anerkennung der transatlantischen Partnerschaft.

Und ich habe gehört, dass auch hier in den Vereinigten Staaten vielen wieder bewusst geworden ist: »Europe matters«! Schlüsselmomente in unserer transatlantischen Partnerschaft haben wir schon früher erlebt.

Die Westintegration der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg, als der Marshallplan dazu beigetragen hat, nach dem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte das zerstörte Deutschland wiederaufzubauen.

Das Ende des Kalten Krieges, als dank unseren amerikanischen und europäischen Partnern mein Land in einem vereinten Europa wiedervereinigt wurde.

In diesen Momenten haben Amerikaner, Europäer und Deutsche geopolitische Umbrüche bewältigt, indem sie transatlantisch zusammengestanden haben.

Heute, wo unsere Sicherheit und unsere Freiheit in einem Ausmaß bedroht werden, wie wir es seit Jahrzehnten nicht erlebt haben, ist ein transatlantischer Schulterschluss wieder die Aufgabe, die vor uns liegt.

Wir müssen diesen transatlantischen Moment nutzen.

Und zwar um eine stärkere, unwiderrufliche transatlantische Partnerschaft für das 21. Jahrhundert aufzubauen.

Im Jahr 1989 machte der US-amerikanische Präsident George Bush Deutschland das berühmte Angebot einer »partnership in leadership«, also einer gemeinsamen Führungspartnerschaft.

Damals wurde das noch nicht umgesetzt: Der Gedanke war zu weitgehend für die damalige Situation.

In den frühen Neunzigerjahren war mein Land sehr damit beschäftigt, die Wiedervereinigung für alle seine Bürgerinnen und Bürger zu verwirklichen. Wir arbeiteten daran, das wiedervereinigte Deutschland in der EU zu verankern.

Heute aber, in der Welt einer neuen Ära, hat sich das grundlegend geändert. Wir sehen klar:

Jetzt ist der Moment da, in dem wir sie schaffen müssen: eine gemeinsame Führungspartnerschaft.

Nicht nur wir als Deutsche und Amerikaner – wie wir vor dreißig Jahren dachten.

Sondern wir als Europäer und Amerikaner.

Und es obliegt meinem Land innerhalb der Europäischen Union, das maßgeblich mit voranzubringen.

Natürlich ist eine solche Führungspartnerschaft kein romantisches Projekt, um gute alte transatlantische Zeiten zurückzuholen. Ich bin im wiedervereinigten Deutschland aufgewachsen; an den Kalten Krieg kann ich mich nicht wirklich erinnern.

Viele 18- oder 25-jährige Deutsche kennen die Worte »Ich bin ein Berliner« von Präsident Kennedy und »Tear down this wall – Reißn Sie diese Mauer nieder« von Präsident Reagan nur aus dem Geschichtsbuch – sie haben ihr persönliches Amerikabild nicht geprägt.

Vielleicht gilt das heutzutage auch für beide Seiten des Atlantiks. Es gilt für viele Menschen, nicht nur die Studierenden an dieser Hochschule, sondern auch für diejenigen, die heute in den Vereinigten Staaten leben und deren Wurzeln oftmals in anderen Teilen der Welt liegen – in Lateinamerika, Asien, Afrika, dem Nahen Osten – und nicht in Europa.

Aber so sehr sich Europäer und Amerikaner in ihren persönlichen Lebensgeschichten, in ihrer individuellen Herkunft auch unterscheiden mögen: Wir teilen gemeinsame Werte, wie wir gegenwärtig leben und wie wir künftig leben wollen.

Freiheit und Demokratie sind bestimmend für uns.

Das sind nur Worte, aber heute können wir sehen, was sie tatsächlich bedeuten:

Jeder 8-Jährige, jede 29-Jährige und jede 79-Jährige kann frei entscheiden, was sie essen, wen sie lieben, was sie denken, worüber sie reden wollen und wovon sie träumen.

Freiheit und Demokratie prägen unser ganz alltägliches Leben.

Wir sind überzeugt, dass die »Würde des Menschen [...] unantastbar« ist.

Wir sind überzeugt, dass jeder Mensch das Recht auf »Leben, Freiheit und das Streben nach Glück« besitzt.

Russlands brutaler Krieg hat deutlich gemacht: Es ist keine Theorie, es ist Realität: Diese Werte stehen unter Beschuss. Freiheit, Demokratie und Menschenrechte stehen unter Beschuss.

Deshalb müssen wir standhaft sein.

Und darum geht es bei unserer Führungspartnerschaft.

Drei Säulen sind entscheidend für diese Partnerschaft.

Erstens: Sicherheit.

Nach 1989 war Sicherheit lange Zeit kein Thema für viele Menschen in Europa und insbesondere Deutschland – nach dem Ende des Kalten Krieges wählte sich mein Land endlich »nur noch von Freunden umzingelt«.

Aber dieser Haltung hat sich definitiv geändert.

Nun werden Eltern beim Frühstück von ihren Kindern gefragt: Mama, was sind eigentlich Atomwaffen? Andere wiederum sagen: Ich mag die NATO wirklich.

Mitte der Achtzigerjahre, als ich geboren wurde, gingen Millionen von Deutschen, die nun die Großeltern dieser Kinder sind, auf die Straße, um gegen Aufrüstung zu demonstrieren.

Jetzt sitzen diese Großeltern, Mütter, Väter und ihre Kinder am Küchentisch und diskutieren über Aufrüstung, oder sie gehen für die Freiheit der Ukraine auf die Straße.

Dasselbe gilt auch für andere europäische Länder: Schweden und Finnland geben eine lange Tradition der Neutralität auf, um der NATO beizutreten.

In Berlin hat Russlands Krieg uns in der neuen Bundesregierung dazu veranlasst, einige lang gehegte Positionen in der Sicherheitspolitik auf den Prüfstand zu stellen – und in vielen Bereichen grundlegend umzusteuern.

Für uns bedeutet Denken ohne Geländer:

Deutschland hat ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro aufgelegt, mit dem wir unsere Bundeswehr stärken wollen.

Wir haben seit Jahrzehnten bestehende Grundsätze bei Rüstungsexporten revidiert, sodass Deutschland mittlerweile zu den stärksten militärischen und finanziellen Unterstützern der Ukraine zählt.

Und wir haben unseren Beitrag zur NATO ausgeweitet: Deutschland hat die Führung des NATO-Gefechtsverbands in Litauen übernommen und stellt eine Brigade mit bis zu 800 Soldatinnen und Soldaten bereit, die bei Bedarf dorthin verlegt werden können. Wir beteiligen uns mit unseren Kampfflugzeugen an der Sicherung des Luftraums über den Baltischen Staaten – und am Schutz der Slowakei mit Patriot-Luftabwehrsystemen.

Aber wir wissen auch, dass das noch nicht ausreicht. Unser Ziel ist es, den europäischen Pfeiler der NATO weiter zu stärken.

»Europe matters« – Europa hat Gewicht, auch sicherheitspolitisch – das haben wir nach dem 24. Februar erlebt.

Soll diese These aber Bestand haben, müssen wir sie auch unter Beweis stellen, und zwar auf lange Sicht.

Das bedeutet, dass wir die Europäische Union strategischer ausrichten müssen – als eine Union, die fähig ist, auf Augenhöhe mit den Vereinigten Staaten umzugehen: in einer Führungspartnerschaft.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union geben jedes Jahr viele Milliarden für ihr Militär aus – aber wir bekommen nicht genug für unser Geld. Denn wir Europäer nutzen beispielsweise mehr als ein Dutzend Panzermodelle.

Die EU muss ein stärkerer sicherheitspolitischer Akteur werden, ihre Rüstungsindustrien müssen stärker miteinander verbunden werden, und sie muss in der Lage sein, militärische Missionen durchzuführen, um Regionen in ihrer Nachbarschaft zu stabilisieren.

Mit der Europäischen Friedensfazilität, die viele Milliarden Euro mobilisiert hat, um den Abwehrkampf der Ukraine mit Waffen zu unterstützen, haben wir bewiesen, dass die EU, wenn es wirklich nötig ist, entschlossen handeln kann. Aber Sicherheit im 21. Jahrhundert umfasst mehr als nur Kampfflugzeuge und Panzer.

In Deutschlands erster Nationaler Sicherheitsstrategie, die wir derzeit im Auswärtigen Amt ausarbeiten, verfolgen wir einen neuen, umfassenden Ansatz zu Sicherheit.

Wir berücksichtigen dabei auch Desinformation in unseren sozialen Medien, die Lieferketten unserer Unternehmen und die Art und Weise, wie die Klimakrise Konflikte in unserer europäischen Nachbarschaft verschärft.

Und ich weiß, dass viele unserer europäischen Partner und die Vereinigten Staaten genau dasselbe tun.

Lassen Sie uns also unsere Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Regulierung kritischer Technologien vertiefen – ebenso wie unsere gemeinsamen Bemühungen, unsere wirtschaftlichen Abhängigkeiten zu verringern.

Der im letzten Jahr eingerichtete Handels- und Technologierat von EU und USA hat unseren Dialog über KI, 6G oder Quantencomputer bereits sehr bereichert.

In Reaktion auf Russlands Krieg haben wir unsere Exportkontrollen weiter aufeinander abgestimmt.

Und gemeinsam erkennen wir deutlich: Es entspricht sowohl unseren Interessen als auch unseren Werten, wenn unsere Unternehmen auf unseren Märkten nicht mit Produkten konkurrieren, die mit Zwangsarbeit hergestellt werden.

In Deutschland haben wir die lang gehegte deutsche Überzeugung vom »Wandel durch Handel« aufgegeben – den Glauben also, dass sich autokratische Regime durch Warenaustausch und wirtschaftliche Partnerschaften in Richtung Demokratie bewegen lassen.

Deshalb beenden wir unsere Abhängigkeit von russischem Gas und Öl. Das ist schwierig, und es wird teuer. Aber es ist mehr als nötig. Und innerhalb einiger weniger Monate haben wir den Anteil der Gasimporte aus Russland bereits von 55% auf 26% gesenkt.

Heute ist entscheidend, dass wir Sicherheit umfassend verstehen.

All diese Investitionen in unsere Sicherheit dienen einem zentralen Ziel – und das bringt mich zur zweiten Säule der künftigen transatlantischen Führungspartnerschaft:

Die Verteidigung unserer regelbasierten internationalen Ordnung.

Eines möchte ich dabei vorausschicken: Diese Ordnung ist keine Ordnung des Westens.

Es ist eine Ordnung, die es allen Staaten ermöglicht, zusammenzuarbeiten, ihren Wohlstand zu mehren, friedlich zu koexistieren – und in der kein Staat fürchten muss, dass sein stärkerer Nachbar ihn überfällt.

Es ist die Ordnung, für die die 141 Staaten eintreten, die mit uns im März in der UN-Generalversammlung Russlands Krieg in der Ukraine verurteilt haben.

Und es ist die Ordnung, für die alle Staaten eintreten, die davon überzeugt sind, dass wir globale Herausforderungen wie die Pandemie, die nukleare Nichtverbreitung oder die Klimakrise gemeinsam bewältigen müssen.

Wenn man aber aus Europa oder Amerika kommt, ist es nicht genug, nur darauf zu bestehen, dass diese Ordnung verteidigt wird.

Wir müssen auch in die internationale Friedensordnung investieren – so, wie wir es in der G7-Partnerschaft für globale Infrastruktur tun, mit der die EU und die Vereinigten Staaten gemeinsam mehr als 500 Milliarden US-Dollar mobilisieren, um dringenden Infrastrukturbedürfnissen in Ländern des Globalen Südens nachzukommen.

Aber hierbei müssen wir uns noch besser abstimmen. Dabei geht es nicht ums schnelle Deals, sondern es geht um Investitionen in eine gemeinsame Zukunft.

Und wir sollten auch besser kommunizieren, dass es die Vereinigten Staaten und Europa sind, die nach wie vor die größten Beiträge im humanitären Bereich und bei der Entwicklungszusammenarbeit auf globaler Ebene leisten. Im vergangenen Jahr haben die EU und ihre Mitgliedstaaten 70 Milliarden Euro in die Entwicklungszusammenarbeit investiert.

Gleichzeitig müssen wir es offen und klar aussprechen: Wir müssen Partnern ernsthaft zuhören – anstatt ihnen Vorträge zu halten. Das heißt auch, dass wir uns unserer Vergangenheit stellen, etwa dem Kolonialismus. Und wir müssen anerkennen, dass wir bei früheren Gelegenheiten nicht immer das Richtige getan haben.

Wenn ich in den vergangenen Monaten mit Kolleginnen und Kollegen aus Afrika, Asien oder Lateinamerika über den russischen Krieg gesprochen habe, dann habe ich oft gehört: Ich verstehe, ihr erwartet also, dass wir euch in dieser Krise in eurer Nachbarschaft unterstützen? Aber wo wart ihr, als wir euch brauchten? Und auf diese Frage kann manche und mancher von uns nicht immer eine Antwort geben.

Ich habe kürzlich den Inselstaat Palau besucht, der uns in den Vereinten Nationen unterstützt, wenn es um die Verurteilung der russischen Invasion geht.

Als ich aber am wunderschönen Strand von Palau stand, war dort der Krieg in der Ukraine nicht die größte Sorge.

Ich stand dort mit einem Fischer vor seinem Haus. Und als ich näher trat, dachte ich: Wir reden davon, dass diese Häuser durch den steigenden Meeresspiegel innerhalb der nächsten zwanzig oder dreißig Jahre gefährdet sein werden. Vor Ort aber konnte ich mit eigenen Augen sehen, dass es nicht um zwanzig oder dreißig, sondern nur um zehn Jahre geht.

Für viele, viele Länder ist die Klimakrise die größte Bedrohung ihrer Sicherheit.

Deshalb müssen wir diese Bedrohung, die Klimakrise, auf der internationalen Agenda ganz nach oben setzen.

Als starke Industrienationen, die eine wichtige Verantwortung für den Klimanotstand tragen, müssen wir hier Führungsstärke beweisen.

Indem wir uns für ehrgeizigere Anstrengungen für den Klimaschutz einsetzen. Aber auch, indem wir deutlich machen, dass sich manche Länder nicht mehr an die Klimakrise werden anpassen können. Sie leiden bereits jetzt unter Verlusten und Schäden durch Klimaveränderungen.

Deshalb ist es in diesen Zeiten und insbesondere im Vorfeld der anstehenden COP27 im November so wichtig, alles dafür zu tun, zurück zur Einhaltung des 1,5-Grad-Zieles zu kommen und klarzustellen: Wir werden unsere 100-Milliarden-Dollar-Zusage zur Klimafinanzierung einhalten.

Das ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit und der globalen Verantwortung.

Wir können die Klimakrise nur mit allen Staaten auf diesem Planeten bekämpfen.

Hierfür brauchen wir China, einen der größten Treibhausgasemittenten, auch wenn es in anderen Bereichen unser Wettbewerber und systemischer Rivale ist.

Wir können die Klimakrise nur gemeinsam bekämpfen.

Die regelbasierte internationale Ordnung lebt von Zusammenarbeit – und genau deshalb müssen wir es sehr ernst nehmen, wenn diese Ordnung – in Europa und darüber hinaus – infrage gestellt wird.

Allerdings teilen wir amerikanische Besorgnisse.

Wir haben in den vergangenen Monaten seit dem 24. Februar schmerzvoll gelernt, dass aus aggressiver Rhetorik schnell gefährliches Handeln werden kann.

Chinas Äußerungen zu Taiwan werfen ernste Fragen auf.

Es kann nicht in unserem Interesse liegen, wenn China in seiner Region übermäßige wirtschaftliche Abhängigkeiten schafft.

Wir sehen uns das derzeit an und wir erarbeiten zum ersten Mal in meinem Ministerium eine eigene Chinastrategie, die nächstes Jahr veröffentlicht wird und die strategischen Überlegungen hier in den Vereinigten Staaten umfassend berücksichtigt.

Meiner Auffassung nach sollte ein Ziel dieser Strategie sein, die transatlantischen Positionen zu den Herausforderungen, die China für unsere regelbasierte internationale Ordnung darstellt, weiter aufeinander abzustimmen.

Aber wir werden diese Herausforderungen nur dann bestehen, wenn wir selbst zu Hause stark sind.

Und damit komme ich zum dritten Pfeiler der transatlantischen Führungspartnerschaft.

Die Stärkung unserer Demokratien und ihrer Resilienz.

Europa und die Vereinigten Staaten sind so wichtig füreinander, dass sie nicht unberührt lassen kann, wie sich der jeweils andere innenpolitisch entwickelt. Das ist keine Einmischung, sondern Sorge um Freunde.

Wir beobachten, dass wir innenpolitisch vor ähnlichen Herausforderungen stehen – Problemen, wie sie auch hier bei Ihnen an der New School die Diskussion prägen: Ungleichheit, Mangel an sozialer Gerechtigkeit, Rassismus, Populismus, politische Polarisierung, geschwächte demokratische Institutionen.

Und natürlich sind uns die Bilder vom 6. Januar 2021 noch frisch im Gedächtnis.

Auch in Europa wird die Demokratie herausgefordert: Mancherorts werden LGBTI-Rechte, die Rechtsstaatlichkeit und die Unabhängigkeit von Journalistinnen und Journalisten infrage gestellt.

Und in meinem Land hat eine rechtspopulistische Partei in manchen Regionen 20 Prozent Wählerzuspruch.

Als Freunde sollten wir diese Herausforderungen gemeinsam und offen ansprechen.

Nicht um den alten Slogan von der transatlantischen Wertegemeinschaft zu wiederholen.

Sondern weil letzten Endes unsere Sicherheit davon abhängt.

Was uns vereint, sind unsere demokratischen Systeme, auch wenn wir manche Werte auf unterschiedliche Art leben.

Das gilt sicherlich für die Abtreibungsdebatte, die hier in den Vereinigten Staaten besonders leidenschaftlich geführt wird, wo Hunderttausende Frauen und Männer für die Frauenrechte auf die Straßen gehen.

Als Frau und als Mutter zweier Töchter teile ich die Gefühle dieser Menschen von ganzem Herzen:

Jede Frau hat das Recht, selbst über ihren Körper zu bestimmen.

Diese Debatte zeigt auch: Demokratien sind kompliziert. Es ist viel leichter, einfach auf den Tisch zu hauen und zu sagen: »Ich bin hier der starke Mann und alles hört auf mein Kommando.«

Demokratie ist schwieriger. Demokratie ist kompliziert.

Denn sie ermöglicht Offenheit, sie schätzt die Debatte, das Denken ohne Geländer und den Streit.

Das macht sie angreifbar – von innen wie von außen.

Und deshalb glaube ich, dass die Menschen in Amerika wie auch in Europa vor einer zweifachen Aufgabe stehen:

Wir müssen in unseren Gesellschaften Möglichkeiten für kreative Auseinandersetzungen schaffen, damit unsere Demokratien sich entwickeln, voranschreiten und sich modernisieren können.

Demokratische Entwicklung hört nie auf, sie geht immer weiter. Weil sie nie vollkommen sind, müssen sich Demokratien stets neuen Entwicklungen stellen. Anderenfalls drohen ihnen Stillstand und Untergang.

Aber wir müssen auch sicherstellen, dass unsere Demokratien vor Versuchen geschützt werden, das zu zerstören, was ihren Wesenskern ausmacht, nämlich die Werte und Institutionen, ohne die sie nicht lebensfähig sind.

Wir sollten einander dabei unterstützen, diese zweifache Aufgabe zu erfüllen – weil wir enge Freunde sind und weil es in unserem Interesse ist.

Ich freue mich, dass wir ein neues Forum für die Weiterentwicklung dieser Debatte auf den Weg bringen:

Das deutsch-amerikanische Zukunftsforum wird erstmalig im November in Deutschland tagen.

Wir bringen junge Fachleute sowie Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus unseren beiden Ländern zusammen, um neue Ideen für unsere Gesellschaften und die transatlantische Partnerschaft zu entwickeln, kurz gesagt: für ein »Denken ohne Geländer«.

Meine Damen und Herren,

der 24. Februar hat uns viele brutale Lektionen erteilt.

Wir leben nun in einer Welt, in der wir auf alles vorbereitet sein müssen.

In solchen Zeiten können wir uns von den Gründerinnen und Gründern der New School, von denjenigen, die die University in Exile geschaffen haben, inspirieren lassen.

In einer Zeit des Zweifels und großer Probleme haben sie das Banner des freien Denkens und der Demokratie hochgehalten. Sie haben nicht aufgegeben – sie haben nach vorn geschaut und traten für eine bessere Welt ein.

Wenn wir nur einen kleinen Teil ihres Mutes und ihrer Zuversicht aufbringen können, dann haben wir alles, was wir brauchen, um diesen transatlantischen Moment zu nutzen.

Und die transatlantische Partnerschaft für das 21. Jahrhundert aufzubauen – eine gemeinsame Führungspartnerschaft Europas und der Vereinigten Staaten.

Ich denke, die New School ist der beste Ort, um sich daran zu erinnern, dass alles möglich ist – wenn wir bereit sind, uns der Herausforderung zu stellen.

Ich danke Ihnen.

Quelle: Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-den-transatlantischen-moment-nutzen/2545656> (abgerufen am 15.09.2022).

CHRONIK

20. – 29. September 2022

20.09.2022	Die Sprecherin der Europäischen Kommission Veerle Nuyts teilt mit, dass die Verträge zur Bereitstellung von Finanzmitteln aus dem EU-Aufbaufonds mit Polen unterzeichnet wurden. Vor der Aktivierung der Mittel müsse Polen jedoch noch sog. Meilensteine erfüllen; dazu gehören u. a. die Stärkung der Unabhängigkeit des Gerichtswesens in Polen. Vorher seien keine Zahlungen möglich, so Nuyts.
21.09.2022	Auf dem Konvent der Marschälle der Republik Polen, eines beratenden Gremiums auf Woiwodschaftsebene, in Kazimierz Dolny sagt Vizeinnenminister Paweł Szafernak, Polen müsse mit einer neuen Flüchtlingswelle aus der Ukraine im Winter rechnen, da von einer Flüchtlingsbewegung von ca. 500.000 Personen aus der Ost- in die Westukraine auszugehen sei. Seit Beginn des russischen Krieges in der Ukraine hätten 1,2 Mio. ukrainische Flüchtlinge Hilfe von Privathaushalten in Polen in Form von Bereitstellungen von Unterkünften erhalten.
23.09.2022	Vizeinnenminister Marcin Waśik sagt in einem Interview des Radiosenders PR 24, Polen sei gegen die pauschale Aufnahme von Russen, die aus Russland fliehen. Dies gelte auch für diejenigen, die infolge der gerade eingesetzten Teilmobilmachung in Russland das Land verlassen wollen. Die Gefahr sei zu groß, dass auf diese Weise auch Angehörige der russischen Geheimdienste nach Polen kommen. Es bestehe aber weiterhin die Möglichkeit, Asylanträge zu stellen.
24.09.2022	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak nimmt am Gelübde der 1. Brigade der Territorialen Verteidigung in Kolno (Woiwodschaft Podlachien/województwo podlaskie) teil. In seiner Ansprache weist er darauf hin, dass im Rahmen der Truppen der Territorialen Verteidigung (Wojska Obrony Terytorialnej – WOT) die Sektion Grenzverteidigung (Komponent Obrony Pogranicza – KOP) eingerichtet wird. Die zunächst zehn berufenen Bataillone werden in den Woiwodschaften Podlachien, Ermland-Masuren (woj. warmińsko-mazurskie), Lublin (woj. lubelskie) und Vorkarpaten (woj. podkarpackie) eingesetzt. Mit der Bezeichnung KOP knüpfe man bewusst an die Vorkriegstradition an, als es neben dem Grenzschutz ebenfalls einen militärischen Truppenverband zur Grenzsicherung (Korpus Ochrony Pogranicza – KOP) gab.
26.09.2022	Seit heute gilt, dass Russen, die eine touristische, eine Geschäfts- oder eine Sportreise unternehmen, nicht die polnische Grenze auf Flug- oder Seehäfen überschreiten dürfen. Bereits seit einer Woche gilt das Verbot des Grenzübertritts für die Grenzübergänge an Land.
27.09.2022	In Goleniów (Woiwodschaft Westpommern/województwo zachodniopomorskie) wird die Gaspipeline Baltic Pipe in Anwesenheit von Regierungsvertretern Polens, Norwegens und Dänemarks sowie Vertretern der Europäischen Kommission in Betrieb genommen. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki unterstreicht die Bedeutung der Pipeline für die Diversifizierung des polnischen Energiemarktes. Die von Erpressung, Drohungen und Zwang geprägte Epoche der Gasimporte aus Russland werde nun von der Ära der polnischen Energiesouveränität abgelöst. Über die Baltic Pipe ist der Import von jährlich bis zu 10 Mrd. m ³ aus Norwegen nach Polen und der Transport von 3 Mrd. m ³ aus Polen nach Dänemark möglich.
28.09.2022	Die Parlamentarische Ethikkommission erteilt dem Abgeordneten Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), eine Rüge für diskriminierende Äußerungen über Transgender-Personen bei einer Veranstaltung im Juni in Włocławek. Eine Rüge ist die höchste Strafe, die der Ethikrat aussprechen kann. Kaczyński ist zur Sitzung der Ethikkommission nicht erschienen.
29.09.2022	Präsident Andrzej Duda unterzeichnet ein Gesetz zur Entschädigung von Unternehmen, die wirtschaftliche Einbußen infolge der ökologischen Katastrophe der Oder erlitten haben. Vorgesehen ist eine Einmalzahlung in Höhe von 3.010 Zloty pro Arbeitnehmer, wenn das Unternehmen einen Einkommensverlust von über 50 % im Vergleich zu Juni oder Juli 2022 oder August 2021 verzeichnet. Hintergrund ist die Verschmutzung der Oder, die seit Ende Juli in Form eines massenhaften Fischsterbens beobachtet wurde.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2022 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>